

EU-weite Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug schränkt Vertragsfreiheit in Bezug auf Vereinbarung von Zahlungszielen im Geschäftsverkehr ein

EU-wide implementation of Directive on combating late payment restricts freedom to contract with regard to agreement on payment periods in commercial transactions

Durch die Vereinbarung eines Zahlungsziels legen die Parteien fest, zu welchem Zeitpunkt die Zahlungspflicht zu erfüllen ist. Zahlungszielvereinbarungen sind vor allem für Verträge über Warenlieferungen oder die Erbringung von Dienstleistungen relevant, in denen der Verkäufer bzw. Dienstleister in Vorleistung geht, etwa indem er Waren auf Rechnung liefert.

Innerhalb gewisser, etwa durch das AGB-Recht und das Gebot von Treu und Glauben gesetzter Grenzen war die Festlegung eines Zahlungsziels bislang grundsätzlich der Vertragsfreiheit der Parteien überlassen. Um einer teilweise beobachteten missbräuchlichen Durchsetzung überlanger Zahlungsziele durch wirtschaftlich starke Akteure bzw. die öffentliche Hand entgegenzuwirken und um die Liquidität, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Unternehmen zu verbessern, wurde die Richtlinie 2011/7/EU zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr erlassen („Zahlungsverzugsrichtlinie“).

Die Zahlungsverzugsrichtlinie

Mit der Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie beschränken die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten u. a. die Vertragsfreiheit der Parteien im unternehmerischen Geschäftsverkehr dahingehend, dass Zahlungsziele über 60 Tage im Zusammenhang mit der Lieferung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen nur noch unter engen Voraussetzungen wirksam vereinbart werden können. Zudem kann der bei Überschreiten des Zahlungsziels fällige Verzugszins nicht mehr einvernehmlich abbedungen werden.

By agreeing a payment period, contractual parties determine at what time the payment obligation must be fulfilled. Agreements on payment periods are relevant in particular for contracts on the delivery of goods or the rendering of services, where the seller or the service provider makes advance deliveries, for instance by delivering goods on account.

Within certain bounds, defined for instance by the laws on terms and conditions and the principle of good faith, the contractual freedom previously allowed the parties to determine their own payment period. Directive 2011/7/EU on Combating Late Payment in Business Transactions (“Late Payments Directive”) was issued to counteract an abusive implementation of overlong payment periods by economically strong players or the public sector and to improve the liquidity, competitiveness, and profitability of companies.

Late Payments Directive

By implementing the Late Payments Directive, the EU member states restrict, among other things, the contractual freedom of the parties of commercial transactions to the effect that payment periods exceeding 60 days in connection with the delivery of goods or the rendering of services may be effectively agreed under strict conditions only. Interest for late payment due if the payment period is exceeded may no longer be waived by mutual agreement.

Höchstfristen für Zahlungszeiträume

Haben die Vertragsparteien kein Zahlungsziel vereinbart, soll nach der Zahlungsverzugsrichtlinie der Verzugszinsanspruch 30 Tage nach Eingang einer Rechnung, einer gleichwertigen Zahlungsaufforderung oder nach Empfang der Gegenleistung eintreten, was in einzelnen Rechtsordnungen wie z. B. Deutschland bereits der geltenden Rechtslage entspricht (§ 286 Abs. 3 BGB). Wurde zwischen den Parteien ein Zahlungsziel vereinbart, soll der Verzugszinsanspruch ab dem Tag entstehen, der auf das vertraglich festgelegte Ende des Zahlungsziels folgt.

Nach der Zahlungsverzugsrichtlinie soll eine Vereinbarung, die ein Zahlungsziel von 60 Tagen nach Rechnungszugang oder Lieferung überschreitet, nur dann wirksam sein, wenn dies ausdrücklich vereinbart wurde und nicht grob nachteilig für den Gläubiger ist.

Der Begriff „grob nachteilig“ wird durch die Richtlinie nur eingeschränkt definiert. Ob ein grober Nachteil vorliegt, soll unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls beurteilt werden. Die Zahlungsverzugsrichtlinie nennt hierzu als zu berücksichtigende Aspekte jede grobe Abweichung von einer gelebten Handelspraxis, die gegen die Gebote von Treu und Glauben verstößt, die Rechtfertigung des Zahlungsziels durch Besonderheiten der Ware bzw. der Dienstleistung, oder dass der Schuldner einen objektiven Grund für das längere Zahlungsziel hat. Demnach dürften zumindest grundlos den Zeitraum von 60 Tagen überschreitende Zahlungszielvereinbarungen in der Regel unwirksam sein. Mangels eindeutiger objektiver Kriterien dürfte bis zum Vorliegen klarstellender Rechtsprechung eine erhebliche Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Wirksamkeit von Vereinbarungen über Zahlungsziele jenseits von 60 Tagen bestehen.

In der Praxis sollte bei der Verhandlung von Zahlungszielen berücksichtigt werden, dass die Beweis- und Darlegungslast für das Nicht-Vorliegen eines groben Nachteils für den Gläubiger vorbehaltlich einer abweichenden nationalen Umsetzung grundsätzlich bei dem von dem langen Zahlungsziel begünstigten Schuldner liegen wird.

Maximum Terms for Payment Periods

If the contractual parties failed to agree a specific payment period, the right to charge interest for late payment should occur 30 days after receipt of an invoice, an equivalent request for payment, or receipt of consideration, pursuant to the Late Payments Directive; in a number of legal systems, including Germany, this situation already complies with the prevailing legal norms (Sec. 286 para. 3 German Civil Code (“BGB")). If the contractual parties agreed on a payment period, the right to charge interest for late payment should occur as of the date following the contractually agreed end of the payment period.

Pursuant to the Late Payments Directive, an agreement exceeding a payment period of 60 days after receipt of the invoice or delivery is only effective if this was specifically agreed and is not grossly unfair vis-à-vis the creditor.

The Directive only provides a restricted definition of the term “grossly unfair”. An assessment under consideration of all circumstances in the individual case determines whether or not a gross disadvantage exists. The aspects taken into consideration for an assessment that are mentioned in the Directive are: any gross deviation from good commercial practice contrary to the principles of good faith; a justification of the payment period by the nature of the product or the service; any objective reason the creditor has for deviating from the payment period. Agreements on payment periods unfoundedly exceeding 60 days may, therefore, be ineffective. Until clarifying case law is available, it is likely that for lack of clear objective criteria, significant legal uncertainty exists on the effectiveness of agreements on payment periods exceeding 60 days.

In connection with negotiations on payment periods, it should be taken into consideration that the burden of proof and presentation for the non-existence of a gross disadvantage of the creditor will, subject to any differing implementation, generally be with the debtor that benefits from the long payment period.

Höchstfristen für Abnahme- und Überprüfungsverfahren

Die Zahlungsverzugsrichtlinie sieht nicht nur Höchstfristen für Zahlungszielvereinbarungen vor, sondern auch für Abnahme- und Überprüfungsverfahren, um dem Zahlungsschuldner die Möglichkeit zu nehmen, hierüber die vorgenannten Zahlungsziele zur Bezahlung einer Forderung zu umgehen. Nach der Richtlinie soll die Dauer von Abnahme- und Überprüfungsverfahren einen Zeitraum von 30 Tagen ab dem Zeitpunkt des Empfangs der Waren oder der Dienstleistungen nicht überschreiten. Auch hier ist eine ausdrückliche abweichende Vereinbarung zulässig, sofern der Gläubiger dadurch nicht grob benachteiligt wird.

Höhe der Verzugszinsen und pauschaler Kostenanspruch

Die Zahlungsverzugsrichtlinie schreibt einen gesetzlichen Verzugszinssatz von mindestens 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen nationalen Bezugszinssatz vor. Zusätzlich zum Anspruch auf Verzugszinsen ist dem Gläubiger die Geltendmachung eines Pauschalbetrags in Höhe von mindestens EUR 40 als Entschädigung für Beitreibungskosten zu gewähren, ohne dass die Geltendmachung weiterer Schäden eingeschränkt wird.

Eine Vereinbarung, die den Anspruch auf Verzugszinsen ausschließt, gilt als grob nachteilig, während bei einem vertraglichen Ausschluss des Pauschalbetrags ein grober Nachteil vermutet wird. Die Konsequenz eines derartigen groben Nachteils ist, dass die entsprechende Parteivereinbarung im Recht der Mitgliedsstaaten entweder nicht durchsetzbar sein darf oder zum Schadenersatz verpflichtet muss.

Stand der Umsetzung in den EU-Mitgliedsstaaten

Die EU-Mitgliedsstaaten waren verpflichtet, die Zahlungsverzugsrichtlinie bis zum 16. März 2013 in ihr nationales Recht umzusetzen. Inzwischen haben 27 der 28 Mitgliedsstaaten die Europäische Kommission über die vollständigen Umsetzungsmaßnahmen unterrichtet. Einzig in Deutschland ist eine Umsetzung bis dato nicht erfolgt; ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ist eingeleitet.

Maximum Terms for Acceptance and Review Procedures

The Late Payments Directive does not only provide for maximum terms of agreements on payment periods, but also for acceptance and review procedures in order to forestall the possibility of payment debtors to circumvent the payment periods for the payment of an amount receivable. In accordance with the Directive, the acceptance and review procedures should not exceed a 30-day time period as of the receipt of the products or the services. Provided that the creditor is not grossly disadvantaged, an express deviating agreement is permissible.

Interest for Late Payment and Entitlement to a fixed Sum

The Late Payments Directive stipulates a minimum statutory interest for late payment of 8 percentage points above the relevant national reference rate. In addition to the interest for late payment, the creditor must be granted the assertion of a fixed sum of EUR 40 as a minimum compensation for recovery costs, without restricting the assertion of any further damage claims.

An agreement excluding the claim for interest for late payment is deemed to be grossly disadvantageous, while a gross disadvantage is assumed in the event of a contractual exclusion of the fixed sum. As a consequence of such gross disadvantage, the relevant agreement between the parties may either not be enforceable pursuant to the laws and regulations of the member states, or must oblige a party to pay a compensation for damage.

Status of Implementation in the EU Member States

The EU member states were obliged to implement the Late Payments Directive in their national law by March 16, 2013. Meanwhile, 27 of the 28 member states have informed the European Commission about the complete implementation measures. Germany is the only member state that has not yet implemented the Directive; an infringement procedure has been initiated.

Die Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie in deutsches Recht

Der bereits im Jahr 2012 auf den Weg gebrachte erste Gesetzentwurf zur Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie ist in der vergangenen Legislaturperiode nicht in geltendes Recht umgesetzt worden. Nunmehr hat der Gesetzgeber einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt, über den am 4. Juli 2014 im Bundestag in dritter Lesung beschlossen wurde. Mit einem Inkrafttreten ist aufgrund der besonderen Eilbedürftigkeit in Kürze zu rechnen.

Höchstfristen für Zahlungs-, Abnahme oder Überprüfungszeiträume

Der neu in das Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmende § 271a Abs. 1 BGB-E bestimmt, dass eine Vereinbarung „nach der die Erfüllung einer Entgeltforderung erst nach mehr als 60 Tagen nach Empfang der Gegenleistung verlangt werden kann oder wenn nach Empfang der Gegenleistung die Erfüllung einer Entgeltforderung erst nach mehr als 60 Tagen nach Zugang einer Rechnung oder gleichwertigen Zahlungsaufforderung erfolgen soll“ nur dann wirksam ist, wenn sie „ausdrücklich getroffen und für den Gläubiger nicht grob unbillig ist“. Gleiches gilt nach Abs. 3, wenn die Entgeltforderung erst nach Überprüfung oder Abnahme zu erfüllen ist und eine Vereinbarung getroffen wird, „nach der die Zeit für die Überprüfung oder Abnahme der Gegenleistung mehr als 30 Tage nach Empfang der Gegenleistung beträgt.“ Damit legt der Gesetzgeber ganz im Sinne der Zahlungsverzugsrichtlinie Höchstfristen für vereinbarte Zahlungsziele sowie Abnahme- und Überprüfungsfristen fest. Eine „ausdrückliche“ Vereinbarung kann demnach sowohl im Rahmen einer Individualvereinbarung als auch in Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“) getroffen werden.

Allerdings wird gleichzeitig im Hinblick auf Zahlungszielvereinbarungen in Einkaufs-AGB durch § 271a Abs. 5 BGB-E in Verbindung mit §§ 310 Abs. 1, 308 Nr. 1a und b BGB-E eine Einschränkung vorgenommen, die über die Vorgaben der Zahlungsverzugsrichtlinie hinausgeht. Demnach wird in Einkaufs-AGB, die im Geschäftsverkehr verwendet werden, eine unangemessen lange Zeit für die Erfüllung einer Entgeltforderung des Vertragspartners angenommen, die deshalb im Zweifel unwirksam sein wird, wenn eine Zeit von mehr als 30 Tagen

Implementation of Late Payments Directive in German law

The first draft law on the implementation of the Late Payments Directive was launched as early as 2012, but was not implemented in applicable law in the past legislative period. The legislator has now submitted a revised draft which was decided on at third reading in the Bundestag on July 4, 2014. Owing to the urgent necessity, the coming into effect can be expected shortly.

Maximum Terms for Payment, Acceptance, and Review Procedures

Sec. 271a para. 1 BGB-E, to be newly inserted in the German Civil Code, stipulates that an agreement “pursuant to which the fulfillment of a payment request can be demanded only after more than 60 days after receipt of the consideration, or if after receipt of the consideration, a payment request should be fulfilled only after more than 60 days after receipt of an invoice or an equivalent request for payment” is only effective if the agreement “was expressly made and is not grossly unfair vis-à-vis the creditor.” The same applies pursuant to para. 3 if the payment request must be fulfilled only after the review or acceptance and an agreement is made “pursuant to which the period of time for the review or acceptance of the consideration exceeds 30 days after receipt of the consideration.” The legislator defines maximum terms for agreed payment periods and for acceptance and review terms within the meaning of the Late Payments Directive. An “express” agreement may thus be designed as an individual agreement or be drafted in the terms and conditions (Allgemeine Geschäftsbedingungen, “AGB”).

However, with a view to agreements on payment periods in purchase terms and conditions, Sec. 271a para. 5 BGB-E in conjunction with Sec. 310 para. 1, 308 no. 1a and 1b BGB-E make restrictions that go beyond the provisions laid down in the Late Payments Directive. Accordingly, for the purchase terms and conditions used in commercial transactions an unreasonably lengthy period of time is assumed for the fulfillment of a payment request by the contractual partner. In case of doubt, this prolonged period will be ineffective if a period exceeding 30 days after

nach Empfang der Gegenleistung als Zahlungsziel vereinbart wird bzw. Abnahme- und Überprüfungsfristen von mehr als 15 Tagen vorgesehen werden. Ein Rückgriff auf die Grundnorm des § 271a Abs. 1 und 3 BGB-E wird, auch wenn die Vereinbarung als ausdrücklich angesehen wird, dadurch im Anwendungsbereich der Einkaufs-AGB faktisch beschnitten. Unter welchen Umständen längere Fristen auch in Einkaufs-AGB vereinbart werden können, geht weder aus dem Gesetzentwurf selbst noch aus der Begründung hervor. In jedem Fall wird hier den Zahlungsschuldner, als Verwender der AGB, die Darlegungs- und Beweislast dafür treffen, Tatsachen darzulegen, wonach eine längere Frist angemessen ist. Einem Vorstoß des Bundesrates branchenspezifische Ausnahmen von dieser Regelung zuzulassen, beispielsweise für die Automobilindustrie, ist die Bundesregierung entgegengetreten. Eine Notwendigkeit, einzelne Branchen von der Anwendung der Vorschrift auszunehmen, sei nicht erkennbar, insbesondere solle branchenübergreifend verhindert werden, dass sich vor allem marktmächtige Schuldner durch Klauseln in AGB zu Lasten ihrer Vertragspartner übermäßig lange Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen einräumen lassen.

Im Rahmen von Liefer-AGB können Zahlungsziele sowie Abnahme- und Überprüfungsfristen innerhalb der Grenzen des § 271a Abs. 1 und 3 BGB-E sowie darüber hinaus vereinbart werden, da in diesen Fällen der Zahlungsgläubiger seinem Vertragspartner selbst diese längeren Fristen einräumt.

Zu beachten ist weiterhin, dass nach § 271a Abs. 6 BGB-E andere Vorschriften, aus denen sich eine Beschränkung für Vereinbarungen betreffend die Zahlungs-, Überprüfungs- oder Abnahmefristen ergeben, unberührt bleiben. Dies schließt insbesondere die AGB-rechtliche Inhaltskontrolle nach § 307 BGB ein, deren Bewertungsmaßstab immer die sofortige Fälligkeit nach § 271 BGB ist. Demzufolge können auch vereinbarte Fristen, die kürzer als die neu normierten Höchstgrenzen sind, im Einzelfall als unwirksam angesehen werden.

Weitere Neuregelungen

Eine weitere Änderung betrifft die Heraufsetzung des gesetzlichen Verzugszinses von acht auf neun Prozentpunkten über dem Basiszinssatz. Weiterhin hat der Zahlungsgläubiger zukünftig einen Anspruch auf Zahlung einer Pauschale in Höhe von EUR 40. Entgegen den Vorgaben der Zahlungsverzugsrichtlinie

receipt of the consideration is agreed as the payment period and/or if acceptance or review periods exceeding 15 days are determined. Even if the agreement is considered to be an express one, recourse to the fundamental norm of Sec. 271a para. 1 and 3 BGB-E is, therefore, de facto restricted in the scope of application of purchase terms and conditions. Neither the draft law nor the relevant reasoning indicate the circumstances under which more extended terms can be agreed for purchase terms and conditions. The payment debtor, as the user of the terms and conditions, will in any event have the burden of presentation and proof to explain why extended terms are appropriate. An approach by the Bundesrat to admit sector-specific exceptions from this regulation, for instance for the automotive industry, was opposed by the German federal government. The federal government argues that a necessity to exempt individual industries from the application of the provision cannot be recognized; in particular, specifically market-leading debtors across all industries should be prevented from letting themselves grant excessively extended payment, review, and acceptance periods by clauses in the relevant terms and conditions that are detrimental to the debtors' contractual partners.

With respect to supply terms and conditions, payment periods and acceptance and review periods may be agreed within, and beyond, the bounds of Sec. 271a para. 1 and 3 BGB-E, as in the relevant cases, the payment creditor grants these extended periods to its contractual partner.

It should further be noted that in accordance with Sec. 271a para. 6 BGB-E, other provisions remain unaffected that result in a restriction on agreements on the payment, review, and acceptance periods. This specifically includes the monitoring of the content of the laws on terms and conditions pursuant to Sec. 307 BGB, the standard of review of which is always the immediate maturity pursuant to Sec. 271 BGB. Accordingly, agreed periods that are shorter than the newly defined maximum periods may, in individual cases, be deemed to be ineffective.

Further new Regulations

The increase of the statutory interest for late payment from eight to nine percentage points above the base rate constitutes another change. Further, the payment creditor will in future be entitled to receive a fixed sum of EUR 40. Contrary to the provisions of the Late Payments Directive, this lump sum must be counted

ist diese Pauschale auf einen geschuldeten Schadenersatz anzurechnen, soweit der Schaden in Kosten der Rechtsverfolgung begründet ist. Durch die Einfügung eines neuen Unterlassungsanspruchs in § 1a UKlaG-E soll die gerichtliche Durchsetzbarkeit der vorgenannten Regelungen insbesondere im Falle von Individualvereinbarungen ermöglicht werden. Unterlassungsansprüche gegen Bestimmungen in AGB, die gegen die neu geschaffenen Vorschriften verstoßen, sind bereits durch die bestehende Regelung in § 1 UKlaG abgedeckt.

Geltung der neuen Regelungen

Nach dem Gesetzesentwurf werden die neuen Regelungen auf alle Schuldverhältnisse Anwendung finden, die ab dem Inkrafttreten der Gesetzesänderungen geschlossen werden. Ergänzend dazu sollen die neuen Regelungen auch auf bereits bestehende Dauerschuldverhältnisse angewendet werden, sofern die entgeltliche Gegenleistung nach dem 30. Juni 2016 erbracht wird.

Auswirkungen und Handlungsbedarf

Ist ein vereinbartes Zahlungsziel nach den neuen Regeln unwirksam, findet § 271 BGB Anwendung und eine Geldforderung ist sofort fällig. Ein überlanges Zahlungsziel kann sich somit nach den neuen gesetzlichen Regelungen zum Nachteil für den Zahlungsschuldner umkehren.

Die neuen Regelungen sind bei allen laufenden und künftigen Vertragsverhandlungen zu berücksichtigen, insbesondere, wenn es sich um Dauerschuldverhältnisse handelt. Zudem sollten Vertragsmuster entsprechend angepasst werden. Dringender Anpassungsbedarf besteht insbesondere für Einkaufs-AGB.

Mit Blick auf bestehende Dauerschuldverhältnisse, die Zahlungsziele von mehr als 60 Tage vorsehen, ist nach Inkrafttreten des nationalen Umsetzungsaktes mit Nachverhandlungen und gegebenenfalls Rechtsstreitigkeiten über den Zeitpunkt der Fälligkeit der Zahlung zu rechnen.

Die Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Anwendung des Begriffs des groben Nachteils bzw. der groben Unbilligkeit dürften tendenziell zu einer Verringerung der Vereinbarung von Zahlungszielen über den Zeitraum von 60 Tagen führen, was dem Regelungszweck der Zahlungsverzugsrichtlinie entspricht. Dort,

towards a compensation for damage due insofar as the damage incurs as a result of pursuing one's rights. A newly inserted claim for injunctive relief in Sec. 1a UKlaG-E should facilitate the legal enforceability of the aforementioned regulations in particular as regards individual agreements. Claims for injunctive reliefs against provisions in terms and conditions violating the newly created provisions, are already covered by the existing regulation in Sec. 1 UKlaG.

Scope of Application of the new Regulations

According to the draft law, the new regulations will apply to all contractual obligations that are entered into after the coming into effect of the legislative amendments. In addition, the new regulations should apply to existing continuing obligations provided that the valuable consideration is rendered after June 30, 2016.

Effects and Need for Action

If an agreed payment period is ineffective pursuant to the new regulations, Sec. 271 BGB applies, and a monetary claim is due immediately. In accordance with the new regulations, an overly lengthy payment period can thus become detrimental to the payment debtor.

The new regulations must be observed in all ongoing and future contractual negotiations, in particular when they concern continuing obligations. Model contracts should be adapted accordingly. An urgent need for adaptation exists specifically for purchase terms and conditions.

With a view to existing continuing obligations providing for payment periods exceeding 60 days, follow-up negotiations and legal disputes on the payment due date, if any, must be expected after the coming into effect of the national implementation act.

The legal uncertainty on the application of the "gross disadvantage" or the "gross unfairness" may result in a reduction of agreements on payment periods exceeding 60 days; this corresponds to the regulatory purpose of the Late Payments Directive. In cases where payment periods cannot be simply reduced

wo wegen der damit verbundenen Liquiditätseffekte Zahlungsziele nicht ohne Weiteres auf 60 Tage bzw. bei Verwendung von AGB auf 30 Tage oder weniger verkürzt werden können, kann einvernehmlich im Einzelfall geprüft werden, ob ausnahmsweise längere Zahlungsziele möglich sind.

to 60 days, or to 30 days or less when using terms and conditions, due to the associated liquidity effects, it can be reviewed individually whether or not exceptionally extended payment periods are possible.

Sollten Sie zu dieser Publikation noch mehr Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an einen der folgenden Ansprechpartner:

If you have any questions or require specific advice on any matter discussed in this publication, please contact one of the lawyers listed below:

Dr. Marco Wilhelm

Partner, Frankfurt am Main
T +49 69 7941 2731
mwillhelm@mayerbrown.com

Dr. Malte Richter, LL.M.

Counsel, Frankfurt am Main
T +49 69 7941 1657
mrichter@mayerbrown.com

Katharina Heßel

Associate, Frankfurt am Main
T +49 69 7941 1597
khessel@mayerbrown.com

Mayer Brown is a global legal services organization advising many of the world's largest companies, including a significant portion of the Fortune 100, FTSE 100, DAX and Hang Seng Index companies and more than half of the world's largest banks. Our legal services include banking and finance; corporate and securities; litigation and dispute resolution; antitrust and competition; US Supreme Court and appellate matters; employment and benefits; environmental; financial services regulatory & enforcement; government and global trade; intellectual property; real estate; tax; restructuring, bankruptcy and insolvency; and wealth management.

OFFICE LOCATIONS AMERICAS: Charlotte, Chicago, Houston, Los Angeles, New York, Palo Alto, Washington, DC
ASIA: Bangkok, Beijing, Guangzhou, Hanoi, Ho Chi Minh City, Hong Kong, Shanghai, Singapore
EUROPE: Brussels, Düsseldorf, Cologne, Frankfurt, London, Paris
TAUIL & CHEQUER ADVOGADOS in association with Mayer Brown LLP: São Paulo, Rio de Janeiro

Please visit our web site for comprehensive contact information for all Mayer Brown offices. www.mayerbrown.com

Mayer Brown is a global legal services provider comprising legal practices that are separate entities (the "Mayer Brown Practices"). The Mayer Brown Practices are: Mayer Brown LLP and Mayer Brown Europe-Brussels LLP, both limited liability partnerships established in Illinois USA; Mayer Brown International LLP, a limited liability partnership incorporated in England and Wales (authorized and regulated by the Solicitors Regulation Authority and registered in England and Wales number OC 303359); Mayer Brown, a SELAS established in France; Mayer Brown JSM, a Hong Kong partnership and its associated legal practices in Asia; and Tauil & Chequer Advogados, a Brazilian law partnership with which Mayer Brown is associated. Mayer Brown Consulting (Singapore) Pte. Ltd and its subsidiary, which are affiliated with Mayer Brown, provide customs and trade advisory and consultancy services, not legal services.

"Mayer Brown" and the Mayer Brown logo are the trademarks of the Mayer Brown Practices in their respective jurisdictions.

This Mayer Brown publication provides information and comments on legal issues and developments of interest to our clients and friends. The foregoing is not a comprehensive treatment of the subject matter covered and is not intended to provide legal advice. Readers should seek specific legal advice before taking any action with respect to the matters discussed herein.

© 2014 The Mayer Brown Practices. All rights reserved.